

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apollonigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversiegelte Reclamationen wegen nicht erhaltenen Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Michaelerthor Nr. 164.
Inserate für Wien werden nur angenommen bei Herrn Philipp 166, Wollzeile Nr. 2.

Nr. 15.

Dienstag 20. Januar 1874.

III. Jahrgang.

Pressburg, 19. Januar.

G. M. Unsere Leser werden es verzeihen, wenn wir heute abermals und wol noch des Nesteren auf die 21-er-Commission zu sprechen kommen und auf eine Zeit lang hinaus den Verhandlungen derselben den größten Theil unseres Blattes zur Verfügung stellen. Wir sind dies nicht nur den eminenten Fähigkeiten und der hervorragenden Stellung jener Männer schuldig, die den genannten Ausschuss bilden, sondern wir möchten unseren Lesern gerne auch ein möglichst übersichtliches Bild jener Meinungen und Gedanken geben, welche im Ausschusse zum lebendigen Ausdruck gelangen und von denen möglicherweise unsere ganze Zukunft abhängt.

Fünf Redner haben bisher das Wort ergriffen zu längeren theoretischen Auseinandersetzungen und theilweise auch practischen Vorschlägen. Für heute geben wir an anderer Stelle einen ershöpfenden Auszug der Reden Zsedényi's, Ghyczy's und Frányi's, und tragen morgen die nicht minder bedeutsamen Kundgebungen B. Sennhey's und Koloman Tisa's nach.

Was zuerst die Rede Zsedényi's betrifft, so wird man es begreiflich finden, daß wir die meisten, namentlich die einleitenden Sätze derselben mit lebhafter Gemüthung begrüßen. Denn in der That, wäre Herr von Zsedényi nicht ein so alter Practiker und nicht schon auf politischem Felde thätig gewesen, als Schreiber dieses vielleicht noch in der Wiege lag, so hätte die Annahme Manches für sich, daß der Redner die im „Recht“ und seinerzeit im „Katholik“ erschienenen Aufsätze über den vorliegenden Gegenstand dazu benützt, um aus denselben eine Blumenlese zusammenzustellen und seiner vollen Uebereinstimmung mit denselben rückhaltlos Ausdruck zu geben.

Es sind goldene Worte, die Zsedényi über die Eigenthümlichkeiten und Traditionen eines Volkes spricht, die durch den Import fremder Doctrinen nicht verletzt werden dürfen, ohne die größten Gefahren zu erzeugen.

Ebenso richtig sind die Ausführungen des Redners über die übertriebene Centralisation unserer Verwaltung und die Nothwendigkeit, einen Theil der Administration wieder den Municipien zu übergeben, wobei wir es allerdings dahin gestellt sein lassen müssen, ob der Gedanke: das Recht oder die Pflicht des öffentlichen Dienstes in den Municipien an einen hohen Census zu knüpfen, — unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen und bei dem Character jener socialen Classe, auf welche hiebei reflectirt wird, durchführbar und zum Ziele führend ist. Nichtsdestoweniger enthält die Rede Zsedényi's eine Fülle von beherzigenswerthen Ideen und practischen Winken, wobei wir nur bedauern können, daß der sehr geehrte Abgeordnete dieselben nicht früher und bei Zeiten eben so

rückhaltlos zur Sprache brachte, wie jetzt, und daß er nicht auch in kirchlich-politischen Fragen sich so correct auf den conservativen Standpunkt zu stellen pflegt, wie er dies in rein-politischen Dingen so eben that.

Die Kundgebung Ghyczy's trägt vorwiegend der Stempel der Kritik an sich, was mit dem ganzen Character und der ganzen bisherigen politischen Haltung des Abgeordneten für Komorn am besten übereinstimmt. Die Kritik ist Ghyczy's Hauptforce und er versteht es aus dem Grunde, die Mängel und Schäden einer Sache bis in's Detail zu verfolgen und schonungslos bloßzulegen. Mit positiven Vorschlägen hervorzurücken, war niemals Sache des ehemaligen Führers der Linken, und so hat er sich auch diesmal mit der flüchtigen Schlussbemerkung aus der Affaire gezogen, daß „er sich das Weitere für später vorbehalten.“

Vom Abgeordneten Frányi stand zu erwarten, daß er seinen speciellen Parteistandpunkt auch in dem Ausschusse und bei erster Gelegenheit betonen werde. Dies geschah denn auch, Frányi brachte sofort die „gemeinsame Angelegenheiten“ auf's Tapet, welche ja nach dem politischen Glaubensbekenntniß der äußersten Linken an allem Uebel schuld sind und vorerst beseitigt werden müssen, ehe an eine Besserung auch nur zu denken ist. Wir enthalten uns, über die Rede ein Weiteres zu sagen, entzieht sich ja doch der von Frányi besprochene Gegenstand der Competenz des Ausschusses und kann daher für den vorliegenden Fall nur geringes Interesse in Anspruch nehmen.

Die Bulle Apostolicae sedis munus.

Es ist nicht erforderlich, weiter auf die letzten Monate in der Geschichte zurückzugreifen, um die Behauptung zu belegen, daß die k. preussische Regierung sich von allen Schranken des Gewissens und der Ehre emanzipirt hat und mit einem Cynismus, welcher vergebens seines Gleichen sucht, die Impulse eines vermeintlichen Nutzens über alle sittlichen Bedenken ohne Scheu und Scham obfiegen läßt. Es ist nicht einmal erforderlich, bis auf die Beleuchtung, welche Lamarmora den preussischen Regierungsprinzipien zukommen läßt, zurückzugehen; erinnern wir uns an die schimpfliche Indiscretion, welche durch die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem heiligen Vater und dem „Kaiser“ im Interesse eines schmutzigen Wahlmanövers verübt wurde, welche die national-servilen, prot. Volksmassen blindlings von Neuem in das Netz des Militarabsolutismus jagte. Zur Feier der Reichstagswahlen tritt man mit einem neuen Specimen der fortgeschrittenen Ehrlosigkeit auf. Man gesteht, wenn auch nicht in klaren Worten, so doch durchsichtig genug, daß man auf diebische Weise sich in den Besitz einer päpstlichen Urkunde gesetzt habe, welche man unmittelbar vor den Wahlen mit aller Hast veröffentlicht, in der einsältigen Meinung, die

kathol. Wähler dadurch unsicher zu machen oder die protestantischen noch mehr aufzuregen, welche diese Sache ganz und gar nichts angeht. Jetzt wird darüber gestritten*), ob die Bulle ächt oder nachgeahmt sei; ob die preussische Regierung sich also eines Diebstahls oder einer Fälschung schuldig gemacht hat? Für das moralische Urtheil scheint uns das gleich werth zu sein; wollten wir aber aus ihrer Vergangenheit einen Schluß ziehen, ob der borussische „Staatsgedanke“ mehr zum Diebstahl oder mehr zur Fälschung inclinirt, so kommen wir dadurch der Wahrheitsforschung auch nicht näher, denn die Erfahrung lehrt, daß man sich beider Verbrechen von ihr mit gleicher Wahrscheinlichkeit versehen kann. Als Friedrich II. 1756 den Krieg gegen Maria Theresia von Neuem beginnen wollte, ließ er bekanntlich eine Urkunde aus dem Dresdener Staatsarchiv stehlen und, um die stets gleich respectable „öffentliche Meinung“ gegen den Papst aufzuheizen, um — gerade wie es jetzt von seinem Nachfolger geschieht — den Religionshaß zu entzünden, fabricirte er das berüchtigte päpstliche Breve an den österreichischen Feldherrn, welches noch unlängst preussische, zur Geschichtsfälschung angestellte Professoren für echt auszugeben wagten.

Indessen, ob wir es mit einem k. preussischen Diebstahl oder einer k. preussischen Fälschung zu thun haben, uns Katholiken kann das höchst gleichgültig sein. Wenn die Bulle, so wie sie vorliegt, ächt ist, oder wenn eine mehr oder weniger anders lautende Bulle vom hl. Vater erlassen wurde, so wird sie seiner Zeit befolgt werden und derjenige, welcher auf Grund ihrer Bestimmungen gewählt wird, der und kein Anderer wird der rechtmäßige Papst, der Stellvertreter Christi auf Erden sein und das gesammte katholische Volk des Erdkreises wird mit einstimmiger Aclamation ihn anerkennen, ihm unverbrüchlichen Gehorsam schwören. Und die Regierungen? Sollte — was ja recht leicht möglich ist — eine oder die andere einen Vorwand nehmen wollen, um den Neugewählten nicht anzuerkennen, so wäre das ganz bedeutungslos; sie strafe damit ausschließlich sich selbst.

Was kommt denn dabei heraus, wenn eine Regierung so verblendet oder so bössartig ist, sich einen Nationalpapst machen zu wollen; wie neulich eine Wiener Reptilie (die „N. fr. Presse“) sagte: „Deutschland ist groß genug, sich den Luxus eines eigenen Papstes gönnen zu können; was kommt dabei heraus? Wir haben es an dem Meinkensschen Attentat auf die gesunde Vernunft gesehen, und man kann nur darüber zweifelhaft sein, ob mehr Schande oder mehr Spott dabei herausgekommen ist. — Oder sollte eine Regierung, etwa die preussische, Lust haben, ein neues Kaliphat zu gründen und das Amt eines Papstes mit ihrer weltlichen Gewalt zu vereinigen? Ein großer Mann, mehr Feldherr sogar, wie der „Heldengreis“ und geistreicher wie Bismarck, Napoleon I., hielt selbst

*) Daß die Sache inzwischen sich als Fälschung herausgestellt hat, ändert nichts an obiger Auffassung.

auf der Höhe seiner Macht ein solches Unternehmen bekanntlich für erfolglos: „Wer eine neue Religion stiften will, muß für dieselbe sterben, und ich habe keine Lust den Kalvarienberg zu besteigen.“ Und wenn — was Gott im Interesse der monarchischen Autorität verhüten wolle — sämtliche Regierungen der Erde den neuen, auf modifizierte Wahlbestimmungen hin gewählten Papst nicht anerkennen wollten, so würde derselbe deshalb nicht weniger rechtmäßiger Papst sein und bleiben, gerade wie der hl. Petrus es war und Jahrhunderte lang seine Nachfolger ohne Anerkennung irgend einer Regierung es gewesen sind. Nur die Regierungen würden sich dadurch schaden und damit allerdings auch uns, den konservativen Katholiken, die mit Schmerz und Trauer sehen, wie eine Monarchie nach der andern durch Rechtsbruch und Schwäche in sittlichen Verfall gerät und damit weit unter die Höhe ihrer Aufgabe herabsinkt.

Komisch, wenn es nicht so bodenlos verächtlich wäre, ist das Geschrei der liberalen Presse über die Bulle. Ein Blatt wie das andere erhebt mit heuchlerischem Augenverdrehen seinen Klagenruf über die umstürzenden Tendenzen des absolutistischen Pius IX., dem die ältesten Vorschriften des kanonischen Rechtes nicht mehr heilig seien. Dieser Liberalismus, dem kein uralter Gebrauch, kein erworbenes Recht, keine aus dem Volksbewußtsein fließende Rechtsquelle heilig ist, dessen einzige Rechtsquelle sein despotisches: sic volo, sic jubeo ist, der die Gesetze in Einer Session schockweise fabricirt, der wagt es, von absolutistischen Umstürzenden zu sprechen, wenn der Papst, kraft seiner unbestreitbaren Vollmacht, ähnlich wie es seine Vorgänger auch gethan, nebenächliche Bestimmungen fallen läßt, um den Hauptzweck, die sichere und correcte Wahl, zu retten! Ein Blatt jammert in fettem Druck darüber sogar, daß der heilige Vater die Kardinalen des Eides enthebt, den sie auf den bisherigen Rechtszustand geleistet. Als wenn dies nicht ipso facto bei jedem Richter und Beamten geschähe, dem die Obhut über ein Gesetz übertragen ist, sobald das betreffende Gesetz rite geändert wird. Doch, wer wird die Mohrenwäsche übernehmen, den Liberalismus aufzuklären?

Hat das k. preussische noble Manöver einen Einfluß auf die Wahlen gehabt? Wohl schwerlich; es kam schon zu spät dazu. Warum auch hat man nicht rascher gestohlen oder gefälscht? Und wenn es auch früher gekommen wäre, mit solchen Coups richtet man nichts mehr aus, höchstens steigert man noch die Verachtung, welche alle Männer von Ehre dagegen und gegen die Thäter empfinden. Selbst das Wenige, was der Protestantismus in Deutschland noch an positiv gläubigen Elementen hat, selbst das läßt sich nicht mehr gegen die Katholiken aufheben und dem Preußenthum in's Garn treiben. Geschah es doch bei dieser Wahl, daß die lutherische Geistlichkeit in München Mann für Mann ihre Stimmzettel für den cath. Stadtpfarrer Dr. Westermeyer abgab. Ehre diesen selbständigen Charakteren, in denen die Ueberzeugung von der Solidarität der historischen Religionsgenossenschaften wirksam geworden ist. Gebe Gott, daß wir bald auch hier in Ungarn dahin kommen; hoffentlich auf weniger rauhem Pfade!

So handeln gläubige Protestanten und auch die diametral entgegengesetzte Partei wendet sich mit Ekel von der Bismarck'schen Hezerei ab. Es schreibt der „Neue Socialdemokrat“: „Wohin wir auch blicken, bietet sich uns das widrigste Bild: die m a c h t h a b e n d e n K l a s s e n suchen das Volk zum R e l i g i o n s h a ß zu entflammen; die Arbeiter sollen sich gegenseitig zerfleischen; Katholiken sollen gegen die Protestanten, Altkatholiken gegen die Ultramontanen in's Feld geführt werden; „die Religion ist in Gefahr“ — „das deutsche Reich ist in Gefahr“ tönt überall das Heldgeschrei.

Das geschieht in Deutschland, wo seit einem Jahrhundert Schiller's Worte: „Gebt Gedankenfreiheit“ millionenfach wiederholt und bejubelt worden sind. Und nachdem ein Jahrhundert lang Duldsamkeit gepredigt ist, da wird jetzt schmachtvoller Weise mit allen Mitteln der Haß geschürt. — und was wird der Lohn des Volkes sein, wenn es sich verlocken ließe, auf diese scandalelöse Hezerei einzugehen? — Leicht läßt es sich voraussagen. Die wichtigsten, heiligsten Interessen der Arbeiter, Fragen, an

denen Wohl und Wehe der großen Masse des Volkes hängen, sie würden auf die Seite geschafft werden; das Gezänke in den kirchlichen Streitfragen würde allein sich geltend machen, und ungehört der Nothschrei des, von der Capitalmacht ausgebeuteten Volkes verhallen.

Aus der 21-er Commission.

Sitzung vom 16. d. M.

Fest, 17. Januar.

X. X. Das vom Ausschuss entsendete Subkomité hat sich beeilt und schon heute seinen Bericht erstattet. Er lautet einfach:

„In der Voraussetzung, daß die finanzielle Lage durch die vom Ministerium vorzulegenden Daten geklärt sein wird, bestimmt die Subkommission folgende Hauptfragen zur allgemeinen Verhandlung:

1. Ist diese Umgestaltung des gegenwärtigen Verwaltungssystems im Ganzen oder bezüglich einzelner Verwaltungszweige in einer Weise möglich, welche, indem sie den Anforderungen, welche die Nation an eine gute Verwaltung stellt, besser als das bisherige System entspricht, zugleich in den Staatsausgaben Erparungen zur Folge hat? Wie würde sich in allgemeinen Umrissen dieses neue Verwaltungssystem gestalten?

Welche Ersparnisse wären approximativ durch diese Verwaltungsreform zu erzielen?

2. Welche finanziellen Maßregeln wären anzuwenden, oder welche Reformen vorzubereiten, damit die dauernde Erhaltung des Gleichgewichtes in unserem Staatshaushalte gesichert werde?

Inwiefern solche Maßregeln behufs Erreichung des erwähnten Zieles in entsprechender Zeit nicht in's Leben zu rufen sind, welche Uebergangsbestimmungen wären notwendig?

Hierauf ergreift sofort S e d e n y i das Wort und beginnt sein Gutachten damit zu begründen, daß die Erfahrung von Jahrhunderten die Wahrheit bekräftige, wie die leitenden Prinzipien, nach welchen in dem öffentlichen politischen Leben der Nationen Reformen mit Erfolg eingeführt zu werden vermögen, nur diejenigen sein können, welche in dem Privat- und Familienleben der einzelnen Bürger Wurzel gefaßt haben; die Interessen beider grenzen hart aneinander, ja sie verzweigen sich oft innig, daß man ihre gemeinsame Führung einer und derselben Autorität anvertrauen muß. So z. B. sind diejenigen Grundbesitzer, die fortwährend mit der Leitung ihrer eigenen Wirtschaft zu Hause sich beschäftigen, in der Lage, diejenigen Qualitäten sich eigen zu machen, welche sie vor allen anderen Mitbürgern zur Leitung der örtlichen öffentlichen Interessen geeignet machen. Wie das Privatleben in seinen verschiedenen Abzweigungen bei den verschiedenen Nationen sich auch ganz verschieden entfaltete, ebenso nahm auch das öffentliche Leben eine verschiedene Richtung. Das englische Volk hat die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Familienlebens bis heute in der Ausdehnung beibehalten, in welcher dasselbe schon im Mittelalter sich entfaltete, daher auch die Selbstverwaltung in seinem öffentlichen Leben immer mehr ausgedehnt. In dieser Hinsicht stand in Europa dem englischen Volke zunächst Ungarns Bevölkerung, dessen häusliche Sitten und Gebräuche vom entscheidendem Einfluß auf die Entfaltung ihrer politischen Verfassung waren und geschriebene Gesetze einen praktischen Erfolg nur dann hatten, wenn sie Ungarn's Sitten und Gebräuche entsprachen. So oft die Regierung oder Gesetzgebung von dem irrigen Stande ausgingen, daß von diesen drei Faktoren der Sozial- und politischen Verfassung das geschriebene Gesetz der vorwiegende Faktor sei, war gänzlicher Mißerfolg das Resultat ihrer Bemühungen.

In dieser Weise tauschten sich 1867 das neu geschaffene Ministerium und die Gesetzgebung Ungarns, als sie wählten und hofften, daß, wenn sie die mächtigsten Faktoren des Nationallebens, die mit den Sitten und Gebräuchen des ungarischen Volkes innigst verwachsenen Municipien ihres Lebensnervs berauben, sie mit geschriebenen Gesetzen dem Volke den Geschmack für die Annehmlichkeiten einer schroff zentralisirten Regierung beibringen werden. Sie verstanden nicht die parlamentarische, einheitliche Gesetzgebung mit der durch die Sitten und Gebräuche des Volkes gebotenen Verschiedenheit der inneren Verwaltung, die Idee des Fortschrittes mit den gefundenen Begriffen des Conservatismus zu vereinen, sie wählten nicht Englands municipale innere Verwaltung zum Muster, sondern glaubten eine parlamentarische Gesetzgebung mit einer knöchernen, bürokratischen inneren Verwaltung vereinigen zu können, wo doch die Geschichte zeigt, daß alle Völker, die ihre innere Selbstverwaltung nicht

zu behüten wissen, und Alles nur immer von der Zentralregierung erwarten, dem Verfall entgegengehen, wie Frankreich auf diesem Wege sein Ansehen und seine Macht verlor. Redner hält es für unmöglich, daß ohne Korporationen, welche die Beziehungen der einzelnen Bürger mit der Zentralregierung lebenskräftig vermitteln, eine gute innere Verwaltung platzgreifen könne, denn nur dann, wenn der einzelne Bürger Gelegenheit hat, seine Rechte und Wünsche in solchen Korporationen zu offenbaren, die innere Verwaltung seiner unmittelbaren Heimath zu beaufsichtigen, kann der Gemeinfinn geschaffen werden, auf welchem allein die Kraft einer parlamentarischen Regierung fußt, nur auf diese Weise kann die Verwaltung vereinfacht, können ihre Kosten vermindert werden. Insofern in Ungarn die Municipien selbstständig die innere Verwaltung besorgten, konnte die Korruption, wenn auch einzelne Fälle vorkamen, nämlich diese allgemeine Demoralisation nicht umfänglich, über welche seit der Zeit allgemein geklagt wird, als die Zentralregierung die gesamte frühere Thätigkeit der Municipien in ihren Wirkungskreis einschloß, und zwar mit Beibehaltung der veralteten bürokratischen Formen der früheren absoluten österreichischen Regierung.

Auf die rein theoretische Einwendung, daß bei einer solchen Municipalverwaltung ein verantwortliches Ministerium nicht möglich sei, antwortet Redner mit lebenden Beispielen, mit dem Hinweis auf England, Holland, Schweden, Norwegen, die eine sehr ausgedehnte innere Selbstverwaltung und dabei allein wirklich parlamentarisch verantwortliche Zentralregierungen besitzen.

Um die Verwaltung Ungarns den Sitten und Gebräuchen seines Volkes anzupassen und dieselbe so zur wahren Stütze der parlamentarischen Gesetzgebung und der Zentralisirung zu machen, glaubt Redner vor allem die Dezentralisation der jetzigen Verwaltung vorzuschlagen zu müssen.

Die eigentliche Dezentralisation glaubt Redner durch die herzustellende Autonomie der Städte, freien Districte und Komitate in der Art durchzuführen zu können, daß hiedurch die Einheit der Gesetzgebung — diese Lebensbedingung des Staates — gestärkt, nicht erschüttert, jedoch die Municipien zu Zentralpunkten der inneren Verwaltung herangebildet werden. Damit dieser Zweck mit voller Beruhigung aller Staatsbürger erreicht werden könne, schlägt Redner vor:

1. Daß Mitglieder der Municipalausschüsse nur solche Männer sein können, die durch eine zu bestimmende Höhe der Grundsteuer gleichsam eine materielle Bürgschaft für ihre Unabhängigkeit, Bildung und Vaterlandsliebe gewahren. Redner wünscht nach der Größe der Municipien einen entsprechenden Jensus jedenfalls nicht unter 20 fl. zu bestimmen und bei den Höchstbesteuerten die Teilnahme an den Ausschuss-Verathungen nicht auf einen Ausschuss zu beschränken;

2. wünscht Redner, daß alle Ausschussmitglieder und Municipalbeamten in Betreff aller ihrer amtlichen Handlungen oder Unterlassungen vor dem ordentlichen Richter, wie in England, verantwortlich sein mögen;

3. will Redner die jetzt faktisch bestehenden Jurisdiktionen beibehalten, in der natürlichen Voraussetzung, daß eine solche, welche die Kosten dieser besonderen Gerichtsbarkeit zu bestreiten nicht im Stande ist, ihre Verschmelzung mit einer andern zu fordern berechtigt wäre;

4. die Protokolle der Generalversammlung werden dem Ministerium nicht unterbreitet, da der Obergespan, als Organ desselben, verpflichtet ist, gegen jede allfällige Ueberschreitung eines bestehenden Gesetzes zu reklamiren, und, wenn ohne Erfolg, hierüber dem Minister des Innern die Anzeige zu erstatten.

Die Einwendung, daß die allseitige Indolenz schon so arg in Ungarn um sich gegriffen hat, daß man die geeigneten Mitglieder für bewährte Ausschüsse gar nicht mehr finden dürfte, kann Redner nicht gelten lassen, denn auf diese Art müßte man der Ueberzeugung Raum geben, daß unseres Volkes bevorzugte Männer einer parlamentarischen Verfassung nicht geneigt sind, welche ohne Selbstverwaltung, d. h. ohne daß das Volk selbst den Dienst des Staates verwaltet, nicht existiren kann. Möglich, daß im Anfange coercitive Maßregeln, wie z. B. Strafzahlung der Hälfte seiner Steuer,

die Annahme der unentgeltlichen Amtsfunktionen erzwingen müßte; aber mit der Zeit hofft Nedner einer allgemeinen Bereitwilligkeit entgegensehen zu können.

Indem Nedner meint, daß diese Frage der Dezentralisation bei der innern administrativen Verwaltung zuerst entschieden werden müsse und erst dann bei den verschiedenen Ressorts der Minister die weiteren Zweige der Verwaltung und Ersparnisse zur Sprache kommen können, glaubt er seine weiteren Vorschläge bis zu jener Zeit vertagen zu müssen.

Kolom. Ghyczy kann von den sogenannten radikalsten Verfügungen für die nächste Zeit keine namhaften Resultate erwarten, denn eine tabularasa können wir nicht machen; und zum Zwecke der Errichtung des neuen Gebäudes müssen zunächst die Trümmer des alten fortgeschafft werden: wir können das Gebäude nicht in allen Theilen auf einmal restauriren lassen, weil wir eben aus dem Staatsgebäude nicht ausziehen können.

Nedner billigt die Idee Ziedényi's, nach welcher dieser das Feld der autonomen Verwaltung erweitern will; nur ist hierbei zu erwägen, daß jenes Material, von welchem die Selbstverwaltung früher durchgeführt worden, mittlerweile durch den Absolutismus und durch unglückliche Zufälle sehr geschwächt worden. Ebensovienig können wir jene Bahn, auf welcher wir die letzten sieben Jahre hindurch dem Centralismus zustrebten, ohne Vorbereitung verlassen. Die im Staatshaushalte möglichen Ersparungen können in zwei Klassen getheilt werden: 1. in solche, welche vorderhand wohl kaum, aber später reichlich fruktifiziren werden; 2. in solche, welche bereits für 1875 Fruktifikation versprechen.

In erster Reihe erwähnt Nedner die gemeinsamen Ausgaben. Er glaubte stets und glaubt noch, daß die ungarische Armee jedenfalls kriegerischer wäre, als jene ungarischen Regimenter, welche gegenwärtig einen Theil des gemeinsamen Heeres bilden; daß aber ihre Kosten auch wohlfeiler, wenigstens viel wohlfeiler wären, als die jetzt zu diesem Zwecke verwendete Summe, glaubt er kaum, weil die Lage Ungarns inmitten von Großmächten eine große, gut geschulte Armee erfordert, welche auf Grund des Milizsystems nicht zu Stande gebracht werden kann. Eine bedeutende Reduktion ist auf diesem Gebiete insofern nicht zu erreichen, als das für 10 Jahre fixirte Rekrutenkontingents-Gesetz nicht einer Revision unterzogen wird; höchstens könnten einige Millionen erspart werden durch die Durchführung des Territorialdivisionsystems.

Daß ein Normalbudget nöthig sei, anerkennt Nedner, bemerkt jedoch, daß dessen Feststellung nicht der Beginn der jetzigen Arbeit, sondern höchstens deren Beendigung bilden könne. Er würde es für nöthig erachten, daß die Komitate in den Rahmen der Verwaltung mehr als gegenwärtig einbezogen würden, so zwar, daß die Steuerämter mit den Domestikalkassen in engere Verbindung gebracht würden. Hiedurch würde die Steuerauswertung voraussichtlich rascher bewerkstelligt werden, und durch die Eintreibung der Steuerrückstände erfolgreicher sein.

Die für das laufende Jahr ausgeworfenen Steuern fließen in der Regel ein, selbst aus dem von dem absoluten Regime übernommenen Restanzen sind 7,000,000 fl. eingeflossen. Wenn dies bei der gegenwärtigen Manipulation möglich gewesen, um wie viel eher könnte es bei Einführung der erwähnten Manipulation der Fall sein.

Der Gesetzesentwurf betreffs Arrondirung der Munizipien bildet wohl nicht den Gegenstand der Diskussion in diesem Ausschusse, aber Nedner will seine Bemerkungen dazu machen, weil von dieser Arrondirung ein Ersparniß von drei Millionen erwartet wird. Der Entwurf sichert aber, nach Nedners Ansicht, weder die gehoffte Besserung in der Administration, noch die geplanten Ersparnisse. Die Belastung des Bewohners kleiner Munizipien mit höherer Domestikalksteuer, als sie die Bewohner eines größeren Munizipiums zu tragen haben, ist wohl ein Uebelstand, doch wird er paralysirt durch zahlreiche Vortheile, welche daraus entstehen, daß die Bürger mit geringeren Opfern und leichter in das Zentrum des Komitates gelangen. Die Verminderung des Zentralpersonals, resp. der Obergespanne in solchem Maße, wie dies der Gesetzesentwurf

plant, scheint undurchführbar. Die Ersparnisse, welche auf dem Gebiete der Justizpflege und der Finanzverwaltung durch Verminderung der betreffenden Beamten wirklich erreicht werden können, sind auch ohne derartige Umgestaltung der Territorialverhältnisse der Munizipien möglich.

Au die Staatsgüter hat Nedner noch vor einigen Monaten große Hoffnungen geknüpft; er hegte den Glauben, daß es möglich sein werde, diese Güter successive zu verwerthen. Nach der Aufnahme des neuen Anlehens aber sind uns die Hände gebunden, und dieses eben macht das neue Anlehen drückender, als der hohe Zinsfuß. Das Land besitzt Bergwerke und Eisenhämmer, deren Betrieb mit Verlust fortgesetzt wird. Diese würden durch Hinzugabe von Forsten verwerthet werden können, aber die Staatsforste dürfen in Folge des Anlehensgegesetzes nicht verkauft werden, und so muß man den Betrieb entweder mit großen Verlusten fortsetzen oder ganz auflassen, was wieder den Werth gänzlich vernichten würde.

Nedner geht hierauf in eine detaillirte Kritik des Staates der einzelnen Ministerien ein, befürwortet einige minder wichtige Reformen und schließt seine Rede mit dem Geständnisse, daß diese Vorschläge keine gründlichen und an und für sich zur Herstellung des Gleichgewichtes nicht genügend seien. Hiezu sind auch noch anderwärtige Vorkehrungen nöthig, bezüglich deren er sich aber vorbehält, seine Ansichten ein andermal vorzutragen.

Nach Ghyczy's Rede suspendirt der Präses die Sitzung für 10 Min. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergreift das Wort

Daniel Frányi, welcher das Hauptgewicht auf die Auslagen legt, die die sogenannten „gemeinsamen Angelegenheiten“ beanspruchen, und bemerkt diesbezüglich:

Die auswärtigen Angelegenheiten betreffend, sollte Ungarn nur in Rußland, Deutschland, Frankreich, Italien, England und die Türkei ständige Vertreter mit Ministerrang halten, bei den übrigen Staaten aber Consuln in der Eigenschaft diplomatischer Agenten; dann würde das auswärtige Amt den Zweck erfüllen und doch weitaus weniger kosten. Ein ständiges Heer thäte dem Lande allerdings noth, allein 40—50 tausend Mann würden genügen, und diese hätten den Kern der Armee zu bilden, welche in Zeiten der Gefahr in's Feld zu stellen wäre.

Ferner hat Ghyczy die Angelegenheiten nicht erwähnt, welche wir die „gemeinsamen Interessen“ zu nennen pflegen, und welche in dem Handels- und Zollbündnisse enthalten sind; er beachtete den schädlichen Einfluß nicht, welchen der Zollvertrag auf die Industrie, auf den Handel und auf die Steuerfähigkeit Ungarns ausgeübt hat, ebensowenig jenen Punkt desselben Vertrages, welcher bezüglich der indirecten und der Verzehrungssteuern Ungarn die Hände gebunden hat.

Die Abschaffung der gemeinsamen Angelegenheiten, sowie des Zoll- und Handelsvertrages auf gegenseitigem Wege ist daher einerseits im Interesse der Würde Ungarns vom Gesichtspunkte der Wahrung seiner geistigen und materiellen Interessen aus wichtig, andererseits für uns vom finanziellen Gesichtspunkte aus vorthelhaft.

Nachdem von mehreren Seiten der Wunsch laut geworden, die Sitzung möge geschlossen werden, schließt der Präsident dieselbe und beruft den Ausschuss auf morgen um 5 Uhr Abends ein.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr Abends.

Politische Uebersicht.

Preßburg, 19. Januar.

In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnete Husár den Minister über die Vorgänge bei der Wahl in Páncsova. Der Minister antwortet, daß er von den Ungeheuerlichkeiten bei der Páncsovaer Abgeordnetenwahl Kenntniß habe und die strengste Ahndung derselben, sowie das Verbot des Gebrauches serbischer wie überhaupt anderer, als durch den Ges.-Art. XXI. 1848 gestatteten Fahnen angeordnet habe. Die Antwort wird zur Kenntniß genommen. Horn interpellirt den Ministerpräsidenten wegen Benachtheiligung der ungarischen Industrie bei der Offertauschreibung für die Heeresausrüstung. Die Interpellation wird dem Minister zugestellt werden.

In Oesterreich macht die Drohnote der Bismarck'schen „Nordb. Allg. Ztg.“ gegen Frankreich großes Aufsehen. Die „patriotischen“ Wiener Lokalblätter lassen Jubelfanfaren erschallen und eines derselben geht in seinem Patriotismus so weit, daß es den Reichsrath und die Delegationen auffordert, die österreichisch-ungarische Regierung zur Unterstützung Bismarck's in seinem „Culturkampfe“ gegen den „Ultramontanismus“ zu drängen. Die weltliche „Tagespresse“ dagegen spricht den Gedanken, welchen wir in unserem letzten Leitartikel nur verhüllt andeuten wollten, offen aus und wirft Bismarck vor, er wolle einen Religionskrieg heraufbeschwören, Deutschland um 2 Jahrhunderte zurückschrauben und der Tilly, vielleicht auch der Wallenstein des deutschen Protestantismus werden. Damit stimmt, was die „Deutsche Zeitung“ bei der Besprechung des Resultates der Reichstagswahlen bemerkt: „Kapituliren kann sie (die preussische Regierung) nicht, dafür bürgt uns die protestantische Zweidrittelmajorität des deutschen Volkes“; heißt das nicht den Religionskrieg an die Wand malen? — Der n. ö. Landtag hat mit 39 gegen 20 Stimmen die Wiener Gemeindevahlreform bis nach der Vereinigung der Vororte mit der Commune Wien, das heißt, ad graecas calendas vertagt. Der Statthalter erklärte, daß die Regierung nie und nimmer der Aufhebung der Wahlkörper ihre Zustimmung geben werde. Die katholischen Abgeordneten stimmten gegen die Vertagung, der Bürgermeister Dr. Felder enthielt sich diesmal, taktvoller als im vorigen Jahre, der Abstimmung. — Der mährische Landtag starb, wie er gelebt. Sein letzter Augenblick war, wie sein Beginn, eine tumultuarijche Scene, seine letzte, wie seine erste That, eine Vergewaltigung des freien Wortes. Der Statthalter hatte gegen den Abgeordneten Fanderlik, welcher sich der aufgelösten Jalousnas (Sparcassen) annahm, denen er als Ausschußmitglied angehört hatte, die höchst persönliche Bemerkung gemacht: „Ich muß den mit der Untersuchung beauftragten Commissionen mehr glauben, als den von der Untersuchung betroffenen Ausschußmitgliedern.“ Die Majorität wurde durch diesen persönlichen Angriff des Statthalters bis auf ein Mitglied der Minorität, zur „Heiterkeit“ gestimmt; als aber der Abg. Fanderlik sich gegen denselben wehren wollte und darum zu einer persönlichen Bemerkung das Wort erbat, war's mit der „Heiterkeit“ vorbei, stürmische Unterbrechungen links und im Centrum, laute Rufe: „Nein! nein! Wort entziehen! Zur Ordnung!“ ließen den Nedner nicht zum Worte kommen und schließlich entzog ihm der Landeshauptmann förmlich das Wort und rief ihn zur Ordnung. Es scheint uns nicht, als ob der mährische Landtag durch sein Vorgehen gegen die föderalistische Minorität der (allerdings zunächst an den Reichsrath gerichteten, aber gewiß auch für die Landtage beherzigenswerthen) Mahnung des Kaisers entsprochen hätte, „durch versöhnliches Entgegenkommen und einträchtiges Zusammenwirken aller Parteien das Band zu befestigen, welches die Theile des Reiches mit dem großen Ganzen verbindet“ und den Kaiser in Seinen Bestrebungen zu unterstützen, „welche darauf gerichtet sind, allen Bülkern Seines Reiches, die Er mit gleicher Liebe umschließe, Frieden und Segen und dem gemeinsamen Vaterlande allseitige Wohlfahrt zu sichern.“ — Im Tiroler Landtag ist der bereits erwähnte Protest gegen die Wahlreform nicht in Form eines Majoritätsbeschlusses erhoben, sondern als Rechtsverwahrung zu Protokoll gegeben worden. Tags darauf hat die liberale Minorität einen Gegenprotest zu Protokoll gegeben. Wie lächerlich die Behauptung der Liberalen ist, daß die 29 Unterzeichner des Protestes nicht die Majorität des Landtages bilden, zeigt die arithmetische Thatsache, daß der liberale Gegenprotest nur 13 Unterschriften zählt. Nach Adam Riese sind aber 29 um 16 mehr, als 13.

In Preußen erklärt Bismarck Alles für Lüge und Verläumdung, was La Marmora über ihn geschrieben hat. Die beiden Centrumsmitglieder haben ihm nemlich gegenüber den unaushörlichen Vorwürfen des „Vaterlandsverraths“ und der Rebellion seine Sünden aus dem Jahr 1848, insbesondere seine Theilnahme an der Bildung der un-

garischen Legion und seine Unterredung mit Govone vorgeworfen, in welcher er sich zur Abtretung des linken Rheinuferes bereit erklärte. Bismarck, welcher nicht in der Sitzung anwesend war, als Malinckrott ihm diesen Vorwurf machte, erschien später und erklärte die von Malinckrott angeführte Behauptung für „eine dreiste, lügenhafte Erfindung.“ In Bezug auf die Bildung einer ungarischen Legion im Jahre 1866 meinte er, daß im Kriege Nothwehr zulässig sei. Nach Sabova (!) und nach der Einmischung Napoleon's war kein Beistand zurückzuweisen. Das sei nichts Revolutionäres. Malinckrott berief sich auf La Marmora's Buch, welches bis jetzt noch nicht widerlegt sei, erklärte aber, daß er der Erklärung Bismarck's gegenüber die frühere Erklärung nicht aufrecht halte, und den Vorwurf der Lüge an La Marmora adressire. Bismarck erwiderte, in Italien werden Strafbestimmungen vorbereitet gegen ein Vorgehen, wie das La Marmora's, über den er, Bismarck, noch andere Enthüllungen schreiben könnte, als La Marmora über ihn. Er sage es mit Stolz, er sei der am Stärksten und Besten gefaßte Mann aller Länder Europa's. Man habe nicht das Recht, von dem Regierungsteiler die Rechtfertigung gegen Verläumdungen auf öffentlicher Tribune zu verlangen. Das sei ein Verfahren, für dessen Charakterisirung der parlamentarische Ausdruck fehle. „Die Presse wird ihn finden!“ schloß Bismarck. Wir kommen auf die Angelegenheit zurück, sobald uns der ausführliche Sitzungsbericht vorliegt.

Die Wahlen des deutschen Reichstags haben der vereinigten Opposition mindestens 140 Stimmen gebracht. Das Zentrum verfügt jetzt schon über 91 Abgeordnete, die sich bei den engeren Wahlen auf 97 erhöhen dürften. Dazu kommen 13 Polen, 16 Sozialdemokraten, und die Franzosen und Dänen.

In Frankreich bestreuen sich die Blätter der provozirenden Note der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegenüber einer sehr gemäßigten Sprache. Man bietet in Frankreich Alles auf, um einem Conflit mit Preußen auszuweichen.

Tagesneuigkeiten.

** (B o m H o f e.) Ihre Majestät die Kaiserin hat am 14. d. im Münchner allgemeinen Krankenhause, welches sie mit einem a. h. Besuche beehrte, auch die Cholera-Abtheilungen der männlichen und weiblichen Kranken besucht.

** Se. Hochw. der Herr Domkaplan Karl P á z m a n y ist zum Pfarrer von Szt. Mikályur ernannt und verläßt wahrscheinlich diese Woche noch Preßburg, um sich in seinen neuen Wirkungskreis zu begeben. Seine zahlreichen Freunde wünschen ihm Glück und Segen, bedauern aber tiefstens den Verlust eines so treuen und eifrigen Verfechters der conservativen Interessen.

** (E i n M i ß b r a u c h d e r T h e a t e r f r e i h e i t.) Wir hatten neulich Veranlassung gefunden, einige Worte theils über Theater im Allgemeinen, theils über einen bestimmten Fall zu sagen, wobei wir aber so rücksichtsvoll waren, die löbl. Direktion unserer Bühne gänzlich aus dem Spiel zu lassen. Heute jedoch müssen wir uns speziell an Herrn Direktor Esmericz wenden, und zwar mit der Frage, ob es denn mit seiner Billigung und Zustimmung geschieht, daß von der Bühne herab das g e i s t l i c h e K l e i d zum Gegenstand des Spottes und Hohn's gemacht wird und noch dazu dort, wo dies, wie in der Operette „des Löwen Erwachen“ weder in den Intentionen des Autors, noch in den Anforderungen der betreffenden Rolle liegt? Wir wollen vorderhand annehmen, daß dies nicht der Fall ist, und daß die Zeilen genügen werden, um den Herrn Direktor zu veranlassen, in Zukunft diesem Unfug zu steuern. Man wende uns nicht ein, daß derlei standalöse Vorfälle das Publikum „unterhalten“, denn erstens ist es nicht wahr, daß das ganze Publikum an solchen Gassenübereien Gefallen findet, und wenn zweitens nur einzig und allein der „Zur“ den Ausschlag gibt, dann wäre ja am Ende Alles gut und gerechtfertigt, was obigem Zweck entspricht, und es ließe sich z. B. nichts Stichthaltiges dagegen einwenden, wenn man zu gewiß noch größerer „Erheiterung“ des Publikums das Thea-

ter, statt Menschen, dressirten Affen und Fudeln überlassen, oder statt Schauspieler Zirkus-Vajazzo's engagiren würde, die allabendlich die bekannten Ohrfeigenduetten aufführen müßten, wobei sich Viele sicherlich noch besser „unterhalten“ würden.

** (O e f f e n t l i c h e r D a n k.) Nachstehende Wohlthäter spendeten dem Vereine „Humanitas“ in Barm, und zwar: Herr Stefan von Esomor 1 fl., Herr Josef Jäger 2 fl., Hr. Josef Ambrusch 10 fl., und von einer gemüthlichen Gesellschaft bei Hrn. Schmidhansl 4 fl., wofür den edlen Spendern der wohlverdiente innigste Dank Namens des Ausschusses und der s. B. daraus Nutzen ziehenden armen und fleißigen Schulknaben hiemit ausgesprochen wird. Der Kassier.

** (U n f a l l.) Gestern waren in der unteren Kreuzgasse, auf ein Haar, vier Menschenleben dem Kohlendampfe zum Opfer gefallen. Dem rasch herbeigerufenen Arzte, Dr. Tauscher, gelang es jedoch, alle vier Personen vom Erstickungstode zu retten. Drei sind schon vollkommen hergestellt und die vierte befindet sich auf dem Wege der Besserung.

** (S p e n d e) für die kath. Mission: L. Sch. 2 fl.

Correspondenz der Redaction.

Löbl. Redaction des „M. Allm.“! Wir bitten, uns nur ein Exemplar zu senden. — Löbl. Red. des „Salzburger Kirchenblatt!“ Wir ersuchen gleichfalls, uns nur ein Exemplar zu schicken. — „Religio“ detto.

Meteorologische Beobachtungen vom 18. Januar.

Zeit	Barometer (00 mm in 30 Grad C. in Millimeter)	Temperatur nach Celsius	Windrichtung in Millimetern	Feuchtigkeit in Prozenten	Windstärke nach Beaufort	Wolkenmenge (0 bis 10)	Form und Menge der Wolken (0 bis 10)
7 U. M.	746.84	-2.2	4.4	82	NW 2	5	S 10
2 „ Ab.	748.49	+2.6	4.9	89	NW 1	3	Nimbus 10
9 „ Ab.	748.58	-1.3	4.9	94	W 2	3	Nimbus 10

Nachts und den ganzen Tag über Thauwetter. In den Mittagsstunden fiel wiederholt mit Schnee untermischer Regen.

Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

Das erste und größte photographische Atelier von

E. KOZICS,

nach den neuesten Verbesserungen neu erbaut, empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Visitenkartenform bis zur Lebensgröße, Chromophotographien, Photographien auf Eisenblech, Cabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Malerleinwand, mit Oelfarben ausgeführt, gemalte Damenschächer mit Photographien, Briefmappen, Cigarettenaschen etc. Promenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“

Wiener Börse vom 17. Januar.

	Geld	Waare
5proc. Papier-Rente	69.60	69.70
detto in Silber	74.70	74.90
ungarische Grundentl.-Oblig.	75.—	75.50
siebenbürgische Weingehent-Abloßungs-Oblig. 100 fl.	73.75	74.25
1864er Staatslose 100 fl.	137.—	137.50
1860er ganze	105.—	105.50
1860er Künstel	115.50	116.—
Credit 100 fl.	168.50	169.—
4pct. Dampfschiff	100 „	89.50 90.50
Dfner	40 „	22.50 23.50
Graf Salm	40 „	33.— 34.—
„ Bálffy	40 „	20.50 21.50
„ Clary	40 „	31.50 32.—
„ St. Genois	40 „	24.50 25.50
„ Waldstein	20 „	22.— 23.—
„ Reglewich	10 „	13.— 14.—
„ Reglewich	10 „	12.— 12.50
Rudolflose	80.—	80.50
Ungar. Prämien-Anlehen	47.50	48.—
Türkische voll eingezahlt	1025	1027
Nationalbank	241.—	241.50
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	136.—	136.50
Credit a. u. z. 200 fl. 80pct.	153.—	153.50
Anglo-Austrian 500 fl Silber	36.—	37.50
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40pct.	41.50	42.—
Franco-Austrian	36.50	37.50
„ Hungarian	2082	2087
Nordbahn 1000 fl	335.—	336.—
Staatsbahn	143.—	144.—
Lemberg-Gzerowitz-Jassy	111.50	112.50
Ung. Nordostbahn	54.—	54.50
Ung. Ostbahn	140.—	141.—
Siebenbürg. Bahn	97.50	97.75
Ungar. Eisenbahnanlehen	5.37	5.39
Rand-Ducaten	9.07	9.08
Napoleons'd'or	107.50	107.75
Silber		

Leinwandfabriks- und Wäsche-Niederlage
von **Elias Wolf Abeles**
Barmherzigenplatz Nr. 237,
(Reidner'sches Haus).
Ich mache hiemit das p. t. Publikum auf mein reich assortirtes Leinwand- und Wäsche-Lager höflichst aufmerksam. Bestellungen auf Wäsche werden schnellstens, billigt und mit größter Sorgfalt ausgeführt. Ganze Ausstattungen werden bestens effectuirt; auch werden alle Arten Maschinen- und Handarbeiten angenommen und zu vollster Zufriedenheit besorgt. Alles nicht Convenirende wird umgetauscht. Preise festgesetzt.

Für die heilige Kirche und den hochwürdigen Clerus!

„Das ewige Licht!“

Neuester Construction, mit herrlichem Glas, prachtvoll doppelt versilbertem Gute, sammt den berühmten Lunar-Dochten und Schwimmer; für ein Jahr Vorrath 4 fl., ohne Dochten nur 2 1/2 fl. Die Lunar-Dochte sind in ganz Europa als die vorzüglichsten anerkannt; jedes Lichtchen brennt 24 Stunden gleichmäßig schön, ohne zu rauchen, kann nie erlöschen und der Delbedarf beträgt nur ein Achtel-Kreuzer per Stunde.

Bei der Weltausstellung zu Wien 1873 das Anerkennungs-Diplom!

Marien-Öl-Lampen

zu Heiligen Bildern, zum Hängen eingerichtet, prachtvoll versilberten und vergoldeten Flügeln à 3 1/2 und 4 fl. sammt Lunar-Dochten und Schwimmer.

Ampeln für das „ewige Licht“

prachtvoll doppelt versilbert, zum Hängen à 4 1/2 und 6 1/2 fl. Versendungen werden gegen Nachnahme oder Cassaeinsendung prompt effectuirt.

W. Wischin,

Haupt-Depôt in Wien, Stadt, Himmelpfortgasse Nr. 4.